LZ-Rheinland

Artikel vom 01.12.2021 · Ausgedruckt am 11.11.2026, 16:19 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/koalitionsvertrag-wo-es-kritik-gibt

Koalitionsvertrag: Wo es Kritik gibt



Foto: imago/Bildgehege

Die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfaktion, Gitta Connemann, nahm insbesondere die Liberalen auf’s Korn. „Unsere Höfe waren der FDP dann doch nicht so wichtig wie Justiz oder andere Ministerien“, so Connemann zur Besetzung des Bundeslandwirtschaftsministeriums durch die Grünen. Nachdem die FDP noch im Wahlkampf plakatiert habe, „die Landwirtschaft hat unseren Dank verdient“, falle die Ernte aus für Landwirte, die Gelb gewählt hätten.

Enttäuscht zeigte sich auch der agrarpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Albert Stegemann. Im Gegensatz zu CDU und CSU bekenne sich die Ampel nicht zu den Borchert-Empfehlungen zum Umbau der Nutztierhaltung, erklärte er und nannte dies „eine verpasste Chance“. Die Finanzierung bleibe genauso offen wie die zentrale Frage, ob das Geld am Ende wirklich auf den Höfen ankomme. Für CSU-Agrarsprecher Artur Auernhammer sind die Ampelpläne für die Landwirtschaft ebenfalls eine „herbe Enttäuschung“. Auch er begründet das mit fehlender Klarheit beim erforderlichen Umbau der Nutztierhaltung. Er warf den künftigen Koalitionsparteien vor, die Agrarpolitik in erster Linie unter Klima- und Umweltgesichtspunkten zu betrachten. Connemann zufolge wird das Thema „Ernährungssicherung“ im Koalitionsvertrag ausgeblendet. Für sie steht damit fest, dass die Landwirtschaft nur noch an den Zielen Umwelt- und Ressourcenschutz ausgerichtet werden soll und die Urproduktion für die Ampel erkennbar

keine Rolle mehr spielt.

Der agrarpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Stephan Protschka, begrüßte die vorgesehene Einführung einer verbindlichen Tierhaltungs- und Herkunftskennzeichnung. Im Bereich Naturschutz nimmt Protschka „das langersehnte Umdenken hin zu Kooperationen und Anreizen anstelle von Verboten“ wahr. Kritisch wertete der AfD-Politiker hingegen die geplante Ausweitung des ökologischen Landbaus, das Glyphosat-Verbot bis Ende 2023 sowie die weiteren Einschränkungen beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln.